

Diese Seiten sind dem Buch:

**Bernd Greiner** „*Was die USA seit 1945 in der Welt angerichtet haben*“ (Verlag C.H. Beck, München 2021)

entnommen und beschreiben (p. 227 ff) Gedanken zur politischen Emanzipation Europas aus der hegemonialen Vormachtstellung Amerikas. Darüber hinaus gibt dieser Beitrag anhand ausgewiesener Regierungsdokumente einen durch die jüngste Entwicklung auch überaus aktuellen Einblick in die massiven Drohgebärend der US-Regierung gegen die Nord-Stream-Pipeline.

Bernd Greiner (\* 1952) ist ein deutscher Historiker und Politikwissenschaftler. Er studierte Geschichte, Politikwissenschaft sowie Anglistik / Amerikanistik und verbrachte 1973/74 Studienjahre in den USA. 1984 wurde er mit einer Arbeit über den National Security Council unter Harry S. Truman und Dwight D. Eisenhower promoviert.

Greiner habilitierte sich 1997 mit einer Studie über den Morgenthau-Plan und lehrte an verschiedenen Universitäten. Seine Studie „*Krieg ohne Fronten. Die USA in Vietnam*“ wurde in mehrere Sprachen übersetzt und erhielt zahlreiche Auszeichnungen. Im Jahr 2009 wurde ihm der Award der Organization of American Historians für das beste fremdsprachige Buch zur Geschichte der Vereinigten Staaten verliehen.

Seine Arbeitsschwerpunkte sind die US-Geschichte des 20. Jahrhunderts unter besonderer Berücksichtigung des Kalten Krieges, die Beziehung zwischen Militär und Zivilgesellschaft seit dem Jahr 1900, das deutsch-amerikanische Verhältnis sowie die Theorie der Gewalt und die internationalen Beziehungen im 20. Jahrhundert. Er veröffentlichte 2020 eine vielbeachtete Biographie zu Henry Kissinger.

# Nachwort

## Gedanken zu einer Unabhängigkeitserklärung

Post aus Washington: \*Sehr geehrter Herr Sievers und sehr geehrter Herr Ostenberg, [...] dieser Brief ist ein formeller rechtlicher Hinweis, dass die Waren, Dienstleistungen und Unterstützung [für das Nord-Stream-2-Projekt] mit dem Risiko verbunden sind, dass unsere Regierung vernichtende rechtliche und wirtschaftliche Sanktionen gegen die Fährhafen Sassnitz GmbH, gegen den Hafen Mukran, gegen ihre Vorstandsmitglieder, leitenden Angestellten, Aktionäre und Mitarbeiter verhängen wird. Diese Sanktionen beinhalten möglicherweise verheerende Maßnahmen, welche die Fährhafen Sassnitz GmbH wirtschaftlich und finanziell von den Vereinigten Staaten abschneiden werden. Für die Fährhafen Sassnitz GmbH besteht die einzig verantwortliche Reaktion darin, von allen ihren vertraglichen Optionen zur Beendigung dieser Aktivitäten Gebrauch zu machen. Die Vereinigten Staaten verfügen über eine breite Palette von Sanktionen und Richtlinien gegen das Nord-Stream-2-Projekt, und langjährige Bemühungen beider Parteien [der Demokraten und Republikaner], beider Kammern [des Kongresses] und verschiedener Ressorts [der Exekutive] sowie ein Konsens der gesamten Regierung verdeutlichen, dass die Pipeline verhindert werden muss. Am 20. Dezember [2019] trat das Bewilligungsgesetz zur Nationalen Verteidigung [...] in Kraft. Das in Absatz LXXV dieser Vorlage enthaltene Gesetz zum Schutz von Europas Energiesicherheit (PEESA) verpflichtet den [amerikanischen] Präsidenten zur Verhängung breitgefächter Sanktionen gegen Ausländer oder Firmen, die Schiffe für

die Verlegung von Unterwasserpipelines im Rahmen des Nord-Stream-2-Projekts zur Verfügung stellen. Die Sanktionen sind zwingend vorgeschrieben, und es gibt bei ihrer Verhängung keinen Ermessensspielraum. [...] Den Vorstandsmitgliedern, leitenden Angestellten und Aktionären der Fährhafen Sassnitz GmbH wird die Einreise in die Vereinigten Staaten untersagt, und jegliches Eigentum oder jegliche Eigentumsbeteiligung, die sie in unserem Zuständigkeitsbereich haben, wird eingefroren. [...] Allen amerikanischen Bürgern und Firmen wird jedwede Geschäftsbeziehung mit den genannten Personen oder mit der Fährhafen Sassnitz GmbH untersagt. [...] Der Fährhafen Sassnitz GmbH und ihren Vorstandsmitgliedern, leitenden Angestellten, Aktionären und Mitarbeitern wird der Zugang zu den Vereinigten Staaten verwehrt. Diese Sanktionen sind bindend und treten mit sofortiger Wirkung in Kraft. [...] In Ihrem Fall sind irgendwelche Bona-Fide-Ausnahmen schwer vorstellbar. Der US-Regierung ist bewusst, dass die Nord-Stream-2-Pipeline kurz vor der Fertigstellung steht, und sie sieht darin eine massive Gefährdung der Energiesicherheit Europas und der nationalen Sicherheit der Vereinigten Staaten. [...] Regierung, Kongress und beide Parteien stehen gemeinsam zu ihrer Verpflichtung, die Fertigstellung der Pipeline zu verhindern und die genannten Gefahren unbedingt abzuwehren. [...] Wenn Sie weiterhin Waren, Dienstleistungen und Unterstützung für das Nord-Stream-2-Projekt bereitstellen [...], würden Sie das zukünftige finanzielle Überleben Ihres Unternehmens zerstören. Währenddessen würden Sie die Anlegerwerte Ihrer Aktionäre vernichten und ganz gewiss Aktionärsklagen in Milliarden-Dollar-Höhe wegen der Verletzung Ihrer Treuepflicht entgegensehen. Wir fordern Sie mit Nachdruck zu sofortigen Maßnahmen auf, um diese Szenarien abzuwenden. Ted Cruz (US Senator), Tom Cotton (US Senator), Ron Johnson (US Senator), United States Senate, Washington, D.C, 5. August 2020.»<sup>1</sup>

Ein Schreiben dreier US-Senatoren, gehalten im Ton eines Schlägertrupps, rüpelhaft, herrisch, bellend und damit auf der

Wellenlänge von Donald Trump. Ein Schreiben, das lange vor dem Giftanschlag auf Alexander Nawalny und lange vor den neuerlichen Störmanövern des Kremls während der amerikanischen Präsidentschaftswahl aufgesetzt wurde. Man kann die Ignoranz – etwa den Hinweis, dass eine dem Land Mecklenburg-Vorpommern gehörende GmbH auf Aktionäre Rücksicht zu nehmen hat – belächeln oder sich über die Einmischung in die Souveränität Deutschlands echauffieren, man darf getrost von wirtschaftlicher Kriegsführung sprechen und die Schadensandrohung gegenüber hunderten Mitarbeitern eines Unternehmens für mafiös halten. Man sollte sich darüber empören, dass einer der Briefeschreiber, Senator Ted Cruz, für seine Lobbytätigkeit von amerikanischen Öl- und Gasfirmen fürstlich entlohnt wird – 765 000 Dollar waren es allein im Jahr 2018.<sup>2</sup> Und man muss zu einem gesamteuropäischen Widerstand raten, weil auch andere Unternehmen auf dieselbe Art bedroht wurden, beispielsweise die Schweizer Firma Allseas, die dem Druck nicht gewachsen war und die Verlegearbeiten für die Pipeline einstellte.<sup>3</sup>

Nur eines sollte man nicht tun: Diese Vorgänge allein einer tobsüchtigen, in jeder Hinsicht aus dem Leim gegangenen Regierung oder ihren Höflingen zuschreiben. Wenn nämlich Donald Trump das Problem gewesen wäre, hätte der Rest der Welt kein Problem gehabt. Besser gesagt ein geringeres, weil zeitweiliges Problem.

Alles andere als vorübergehend ist die überparteiliche Frontstellung gegen Nord-Stream-2. Republikaner wie Demokraten stehen dahinter, Präsident Joe Biden ebenfalls, ein im Dezember 2020 von beiden Kammern des Kongresses verabschiedeter Gesetzentwurf schlug eine nochmalige Verschärfung der Strafmaßnahmen gegen beteiligte Unternehmen vor. Diese Einigkeit hat eine jahrzehntelange Vorgeschichte. 1962 setzten die USA im westlichen Bündnis ein Röhrenembargo durch und unterbanden damit den Import von Gas und Öl aus der UdSSR.<sup>4</sup> Dass Bundeskanzler Willy Brandt Anfang der 1970er Jahre dennoch

eine Energiepartnerschaft mit der UdSSR auf den Weg brachte, ist der Unerschrockenheit seiner Regierung und einer außenpolitischen Überbeschäftigung Washingtons mit dem Krieg in Vietnam geschuldet. Jedenfalls liefen die angedrohten Sanktionen ins Leere. 1982 unternahm Ronald Reagan einen weiteren Versuch, um den Ausbau westdeutscher Erdgas-Röhren-Geschäfte mit der Sowjetunion zu sabotieren. Auch er scheiterte, diesmal am Widerstand der Regierungen in Bonn, Paris und London.<sup>5</sup> Was Trump von seinen Vorgängern und Nachfolgern unterschied, war der aggressive Ton und das kindische Geschwätz von amerikanischem «Freiheitsgas», das er Deutschland anstelle der – nebenbei bemerkt: billigeren – Lieferungen aus Russland andrehen wollte.

Bei dem ganzen Tam-Tam ging es nicht um die Vor- und Nachteile von Nord-Stream-2. Vermutlich hätte Washington auch ohne das Vorpreschen Russlands im Donbass oder andernorts Krach geschlagen. Lehrreich ist hingegen der jenseits des Atlantiks gepflegte Gestus: Wir bestimmen, was für Europa und Deutschland gut ist, wir wissen am besten, wie man Sicherheit herstellt und garantiert, wir haben die nötige Erfahrung und können abwägen, wann der Zeitpunkt zur Konfrontation mit Rivalen und Feinden gekommen ist. Was den Betreibern des Fährhafens Sassnitz oder der Staatskanzlei Schwerin im Detail um die Ohren gehauen wird, ist eigentlich nebensächlich. Ungleich schwerer wiegt die Frage, wer künftig mit welchen Ideen den Takt auf der großen Bühne vorgibt. Dass Joe Biden den Konflikt um das Erdgasgeschäft nicht auf die Spitze treiben wollte, passt zu dieser Lesart. Er legte die angedrohten Sanktionen aus taktischen Gründen auf Eis, weil er sich davon einen strategischen Vorteil versprach. Als Preis für Washingtons Großmut soll Deutschland einem von den USA geführten Block gegen China beitreten.<sup>6</sup>

Sieben Jahrzehnte Erfahrung mit amerikanischer Ordnungspolitik blamieren Washingtons Anspruch auf Führung im 21. Jahrhundert. Dieser Schluss drängt sich angesichts der vor-

liegenden Schadensbilanz auf. Und er ist unumgänglich, weil die taktgebenden Leitideen nach wie vor dieselben sind. Anders gesagt: Weil Zukunft nicht mit antiquierten Instrumenten aus der Vergangenheit gestaltet werden kann – es sei denn zu einem monströsen Preis.

Aus der Zeit gefallen ist der engstirnige Nationalismus, eine ins Metaphysische aufgeblähte Vorstellung vom eigenen Auserwähltsein. Diplomaten sprechen von einer «Politik der freien Hand».<sup>7</sup> Gemeint ist eine Vergötzung des Eigeninteresses und der damit verknüpften Anspruchshaltung: Die USA dürfen sich bei der Durchsetzung ihrer Interessen alle Freiheiten nehmen und sind frei von der Verantwortung für die Folgen ihres Handelns. In diesem Sinne kann man Rücksichtslosigkeit oder die Gewinnmaximierung auf Kosten Dritter als Signatur amerikanischer Weltpolitik bezeichnen.<sup>8</sup> Ein schonender Umgang ist jenen Partnern und Verbündeten vorbehalten, die als politische oder militärische Brückenköpfe nützlich sind. Der Rest hat das Nachsehen und muss die Konsequenzen tragen. Das Prinzip der Gegenseitigkeit und des Angewiesenseins auf Dritte kommt in diesem Weltbild nicht vor. Oder es spielt eine nachgeordnete, von taktischen Erwägungen bestimmte Rolle. Wo Solidarität und Bereitschaft zum Verzicht ihren Platz haben sollten, wuchert der Negativismus. Genauer gesagt die Furcht, dass von anderer Seite Forderungen vorgetragen werden könnten, die nur durch Abstriche vom Eigennutzen zu befriedigen sind. Nach diesen Kriterien funktioniert das uralte Nullsummenspiel: Der Gewinn der einen Seite bedeutet unweigerlich einen Verlust der anderen Seite, entweder man bereichert sich auf Kosten der Konkurrenz oder man steht als Verlierer da, selbst bei Kompromissen empfiehlt es sich, mehr herauszuschlagen als das Gegenüber. Universalistisch nur dem Namen nach, fehlt diesem Denken der Bezug zum globalen «common good». Provinziell verengt, ignoriert es den Umstand, dass eigenes Wohlergehen vom Wohlergehen anderer abhängt und dass, wer andere schädigt, sich selbst großen Schaden zufügt.<sup>9</sup>

«Us against them», entweder Ihr seid für uns oder gegen uns – ein Satz von George W. Bush, der allen Kapiteln amerikanischer Ordnungspolitik gut zu Gesicht steht.<sup>10</sup> Denn tatsächlich agiert Washington, als bräuchten die Vereinigten Staaten ständig irgendwelche Feinde und als wüssten sie ohne Feindstellung nicht, wer sie sind und wo ihr Platz in der Welt ist. Die Dramatisierung von Gefahren und das Herbeireden von Ausnahmezuständen gehört zu den Bindemitteln dieser Art Außenpolitik. Stichwort NATO: So hält man Bündnisse auch über die Zeit ihres Verfallsdatums zusammen, so lässt sich militärische Vormacht nutzen, um politische Gefolgschaft, wenn nicht Vormundschaft einzuklagen. Insofern lag es nahe, den ewigen Feindverdacht über das Ende des Kalten Krieges hinaus zu konservieren. Wenn aber Feinde immerzu zur Stiftung von Identität benötigt werden, bleibt der bekannte Kreislauf sich selbst erfüllender Prophezeiungen auch künftig in Schwung. Allerdings mit einem gravierenden Unterschied. Im Fall der UdSSR hatte man es mit einem schwachen Feind zu tun, der Stärke simulieren musste, um seine Schwächen zu kaschieren. Ein zum Feind erklärtes China wird einen derartigen Mummenschanz nicht nötig haben. Darin liegt das Explosive von Washingtons Anachronismus.<sup>11</sup>

Sicherheit, Wohlstand und Ordnung vom Militärischen her zu verstehen, ist Voraussetzung und zugleich Folge dieses Blicks. Ob Krieg als erstes oder letztes Mittel zur Selbstbehauptung gilt, ist eine müßige Frage. Krieg bleibt ein Instrument zu jeder Zeit und unter allen Umständen, die bloße Idee, jetzt oder irgendwann darauf verzichten zu können, verbietet sich. Und zwar aus einem für Washington unantastbaren Grund: Zwang und Glaubwürdigkeit, Drohung und Dominanz, Einschüchterung und Durchsetzungsvermögen sind Zwillinge, man kann das eine nicht von dem anderen trennen. Deshalb läuft das Nachdenken über Zusammenhalt und Zusammenleben beinahe zwanghaft auf ein Reden über Krieg hinaus. Krieg steht im Rang einer unentbehrlichen, ewigen Wahrheit, er ist das Vademekum jeder Politik – unablässig wird Krieg geführt, gegen den Terror,

gegen Armut, gegen Drogen. Zivile Varianten der Überbrückung von Konflikten sind deshalb nicht mit einem Bannstrahl belegt. Doch sie stehen in asymmetrischer Konkurrenz zu einer Vorstellung von Frieden, der prekär bleiben muss, weil er auf Gewalt gründet und nur zu eigenen Bedingungen zu haben ist.<sup>12</sup>

Wie die Welt ohne amerikanische Führung ausgesehen hätte, vermag niemand zu sagen. Geschichte kennt keinen Konjunktiv, nur Fakten. Und der Einwand, dass Washingtons Auftritt sich im Grundsatz von der Politik anderer Großmächte seit der Antike nicht unterscheidet, mag faktisch zutreffen. Aber er geht am Kern des Problems vorbei. An der Frage nämlich, ob eine Fortschreibung dieser Tradition wünschenswert und zumutbar ist. Der Verweis auf unbestreitbare Verdienste der Vereinigten Staaten – etwa Deutschlands zweite Chance im Jahr 1945 – hilft dabei nicht weiter. Er ändert nichts an dem aus globaler Perspektive überzeugenden Befund: «Made in Washington» war meistens ein Teil des Problems und selten dessen Lösung.

Doch woran könnte sich eine Diskussion über Auswege aus der Malaise orientieren? Wenn es weit und breit niemanden gibt, dem man die Führung anvertrauen möchte, ohne schenden Auges vom Regen in die Traufe zu wechseln? Was wären seriöse Alternativen? Es scheint an der Zeit, den Blick zu weiten und das endlose Rasonieren über Führung, Hierarchie und Machtvakuum hinter sich zu lassen. Dafür muss das Rad nicht neu erfunden werden. Es genügt, sich Vergessenes in Erinnerung zu rufen und Überwuchertes freizulegen.

Der Vorschlag zur Kehrtwende firmiert unter einem bekannten Begriff: Gemeinsame Sicherheit. Er wurde 1940 erstmals zu Papier gebracht, von Willy Brandt im norwegischen Exil und in einem Buch über Europas Zukunft nach dem Krieg, das ursprünglich im Osloer «Tiden»-Verlag erscheinen sollte, wegen des deutschen Überfalls auf das neutrale Norwegen aber nicht ausgeliefert werden konnte. «So, wie die individuelle Freiheit in einem demokratischen Staat mit den gesellschaftlichen Interessen koordiniert werden muss, so müssen auch die Entscheidun-

gen der einzelnen Nationen darauf Rücksicht nehmen, dass sie Bestandteil einer größeren Gemeinschaft sind. Die *gemeinsame Sicherheit* muss das entscheidende Prinzip werden. [...] [Es] schließt ein, dass man über die primitive Auffassung hinausge- langt, die besagt, dass man die eigene Sicherheit nur im Kampf gegen andere behaupten könne. Die viel solidere Sicherheit ist die zwischen den Völkern, die auf Existenzrecht und Lebensin- teressen aller Nationen Rücksicht nimmt.»<sup>13</sup> In einem Satz: Si- cherheit gibt es nicht mehr voreinander, sondern nur noch mit- einander, die Sicherheit des Gegners ist Teil der eigenen Sicherheit, alle verlieren zusammen, wenn sie nicht gemeinsam gewinnen wollen.

Eingeschrieben in diese Vision einer runderneuertem Sicher- heitspolitik ist die Überzeugung, dass sich jeder Konflikt im In- neren wie im Äußeren zivilisieren lässt – sofern eigene Interes- sen nicht absolut gesetzt werden und solange die Bereitschaft besteht, beharrlich nach Lösungswegen zu suchen, egal, wie lange es dauert. Im Grunde wird eine Choreographie der klei- nen Schritte vorgelegt. Man könnte auch von einem Katalog des produktiven Verzichts sprechen. Oder der zu erwartenden Ge- winne, wenn man auf Gesten der Demütigung, auf die Sprache des Verdachts und die Rituale des Misstrauens verzichtet. Nach Gratifikationen zu suchen, von denen alle Konfliktparteien pro- fitieren, mag langwierig und aufwändig sein, auf lange Sicht er- tragreicher als reflexartiges Bestrafen ist es in jedem Fall. Dass dergleichen nur mit der Anerkennung eines allseits verbindli- chen Regelwerks zu haben ist, versteht sich von selbst. Das Re- gelwerk heißt Recht, es schließt Selbstermächtigung, mithin das Recht des Stärkeren, kategorisch aus. In alledem gründet «Ge- meinsame Sicherheit», daraus bezieht sie ihren Anspruch auf Umkehr.<sup>14</sup>

Untergepflügt in den ersten Jahrzehnten des Kalten Krieges, wurden die Ideen zur «Gemeinsamen Sicherheit» in den frühen 1970er Jahren wiederentdeckt. Willy Brandt, Egon Bahr, der schwedische Premierminister Olof Palme und der österreichi-

sche Kanzler Bruno Kreisky hießen die damaligen Impulsgeber. Ihr Ziel: Eine Politik, die im Frieden fortwährend Krieg spielt, zu ersetzen durch einen Prozess, an dessen Ende die Kriegsgefahr so weit wie möglich eingedämmt ist. «Krieg ist nicht mehr die ultima ratio, sondern die ultima irratio», wie es Willy Brandt bei der Entgegennahme des Friedensnobelpreises im Dezember 1971 formulierte.<sup>15</sup> Ein Satz, der die Lebenslüge einer Generation von Sicherheitsideologen zum Einsturz brachte – die Überzeugung, dass Massenvernichtungswaffen irgendeinen anderen Zweck erfüllen könnten, als massenhaft zu vernichten. Damit stand zugleich die Doppelstrategie der NATO und deren spannungsgeladenes Nebeneinander von militärischer Abschreckung und politischer Entspannung in Frage. Und zwar aus einem einfachen Grund: Man kann das eine nicht wollen, ohne das andere zu ruinieren. Weil sie auf Misstrauen fußt und noch mehr Misstrauen sät, untergräbt Rüstung das Fundament jeder Friedenspolitik, nämlich Vertrauen. Auf dem Weg zur «Gemeinsamen Sicherheit» aber kommt man nur durch Berechenbarkeit und Zuverlässigkeit weiter. Konkret: Wenn der diplomatischen Regulierung von Konflikten eine höhere Wertigkeit beigegeben wird als Investitionen ins Militär und wenn Sicherheit in der Hauptsache als politische Herausforderung verstanden wird.

Gewaltverzicht und einschneidende Abrüstung sind die unhintergehbare Konsequenz. Egon Bahr: «Gewaltverzicht verlangt, dass es keinerlei Interessen geben sollte, keinerlei unge löste Fragen, keine konfliktträchtigen Probleme, die den Einsatz von Gewalt rechtfertigen.»<sup>16</sup> Und Abrüstung verlangt mehr als eine Kontrolle von Waffensystemen und anderes als ein Geschacher um Obergrenzen. Sie muss die Speerspitzen brechen und Streitkräften die Fähigkeit zum Angriff nehmen – also «strukturelle Nicht-Angriffsfähigkeit» zum Ziel haben, um den einschlägigen Begriff der 1970er und 1980er Jahre zu zitieren. Andernfalls verfehlt sie ihren Zweck.

Den Schlussakkord setzte wiederum Willy Brandt in seiner Funktion als Vorsitzender der «Unabhängigen Kommission für

## Nachwort

- 1 [https://www.cruz.senate.gov/files/documents/Letters/2020.08.05\\_Final\\_Mukran\\_Port\\_Letter.pdf](https://www.cruz.senate.gov/files/documents/Letters/2020.08.05_Final_Mukran_Port_Letter.pdf)
- 2 Klaus Stratmann, «Nord Stream 2: US-Senatoren drohen Fährhafen Sassnitz», in: Handelsblatt, 6.8.2020.
- 3 Peter Burghardt, «Rohrbruch», in: Süddeutsche Zeitung, 18.8.2020, S. 3; Kai Müller, «Wie eine deutsche Kleinstadt in den Kampf der Großmächte geriet», in: Tagesspiegel, 12.8.2020.
- 4 Karlsch/Stokes, Faktor Öl.
- 5 Kieninger, «Diplomacy beyond Deterrence», S. 189 ff.
- 6 Hubert Wetzels, «Transatlantische Rohrreinigung», in: Süddeutsche Zeitung, 20.5.2021, S. 2.
- 7 Bahr, «Ostpolitik», S. 107 ff.
- 8 Schöllgen/Schröder, Letzte Chance, S. 56.
- 9 Purdy, Die Welt und wir, S. 53. Siehe ebd., S. 13, 22, 34, 41, 46 sowie Schöllgen/Schröder, S. 9, 150–154, 164–166.
- 10 Suskind, One Percent Doctrine, S. 149/150.
- 11 Schöllgen/Schröder, S. 46, 62, 222.
- 12 Purdy, Die Welt und wir, S. 40–42.
- 13 Brandt, Kriegsziele der Großmächte, S. 76 (Hervorhebung im Text).
- 14 Brandt, Erinnerungen, S. 431–436, 476.
- 15 Vortrag des Bundeskanzlers Willy Brandt zum Thema «Friedenspolitik in unserer Zeit» an der Universität Oslo, 11.12.1971 anlässlich der Entgegennahme des Friedensnobelpreises, zit. n. Bundeskanzler Willy Brandt Stiftung, <https://willy-brandt/reden-zitate-und-stimmen>. Siehe auch Schmidt, Wurzeln der Entspannung, S. 523, 542, 563.
- 16 Bahr, «Ostpolitik», S. 106.
- 17 Brandt, Der organisierte Wahnsinn.
- 18 Bahr, «Ostpolitik», S. 106, 108.
- 19 Jimmy Carter, zit. n. Brett Wilkins, «Jimmy Carter: US «Most Warlike Nation in History of the World»», in: Common Dreams, 18.4.2019.
- 20 Purdy, Die Welt und wir, S. 121 ff., 167.
- 21 Peter Brandt, «Ja zur Europäischen Union – aber anders», in: Berliner Zeitung, 19.4.2021.